

der Pommier
ostfälischen
in Wiesbaden.
100 Prozent
die Industrie
Widerstände
e. Wiesbaden

Großhandels-
im September

a. Wie man
mochten mitge-
nitt dem Ein-
frage eine

Die Agence
ten, die der
des Mac-
ist die Re-
Erzeugung
Zufahrtsgabe
Erzeugnisse

Deutschland
ischen Weins
923 gestattet,
ermittlung der

Mitteilungen für Naunhof und Umgegend

(Albrechtsheim, Aumelshain, Beucha, Borsdorf, Cöle, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsteinau, Klüngel, Rötha, Thürberg, Wommer, Staudigl, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Gebühren wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2 Monat Mk. 12.—.
Um diese Zeit ist die Re-
Erzeugung
Zufahrtsgabe
Erzeugnisse



Bezugspreise: Die 6 geplattete Korpuszettel 80 Pf., auswärts 1.— Mk. Ein-
licher Teil Mk. 2.—. Akademiegelte Mk. 2.—. Beilagepreise pro Hundert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Ercheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern über in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Mühl & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Ferndienst: Am 1. Naunhof Nr. 2.

Nummer 133

Wittwoch, den 9. November 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können am 11. und 12. November ds. Jrs. nur dringliche Sachen erledigt werden.

Finanzamt Grimma.

Donnerstag, den 10. November 1921, vorm. 10 Uhr sollen in der Dienstabteilung Naunhof

4 kompl. Nachholen

gegen Barzahlung meistblieb versteigert werden.

Grimma, den 7. November 1921. Q 829/833 21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Der ausschließlich genehmigte 11. Nachtrag zur Ortschulordnung für Naunhof, welcher u. a. die Bildung eines Elternrates behandelt, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Nachtrag liegt 2 Wochen lang im Meldeamt des bessigen Rathauses, Zimmer 11, zu jedermann's Einsicht aus.

Naunhof, am 8. November 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Preußische Landtag wählte den Sozialdemokraten Otto Braun zum Ministerpräsidenten. Das neue Kabinett, in das zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei eingetreten sind, wird sich am 10. November dem Landtag vorstellen.

* Der Deutsche Städteverband ist für den 11. November nach Berlin einberufen, um über die Ausbringung der Mittel für die Gehalts- und Lohn erhöhungen zu beraten.

* Am der Berliner Montagbörse stieg der Dollar auf 303 Mark.

* Gegen die im Kapp-Putsch verwüsteten Angestellten Jagow, Schiele und Wangenheim soll am 7. Dezember verhandelt werden.

* Nach längeren Verhandlungen zwischen Benesch und Stärk wurde in Prag ein Einvernehmen erzielt und der polnisch-tschechische Vertrag unterzeichnet, der die Aufnahme Polens in die kleine Entente ausdrückt.

* Die ungarische Regierung hat einstimmig den Gesetzentwurf über die Thronentfernung der Habsburger angenommen.

Kreditkrisis.

Aber die Lage nach den Berliner Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die geplante Kredithilfe für das Reich wird uns aus politischen Kreisen geschrieben:

Das Ergebnis der erneuten Mitgliederversammlung, die der Reichsverband der deutschen Industrie Ende der letzten Woche in Berlin abhielt, kann, wenn man sich an den Wortlaut der gefassten Entschließung hält, eigentlich nur in vereinender Fassung festgestellt werden, nämlich, daß die Opposition, die sich gegen den beabsichtigten Beschluss der Münchener Tagung mehr und mehr, zumal seit der Unglücksentscheidung über Oberschlesien, geltend gemacht hatte, keinen reinen Sieg davongetragen hat. Hugo Stinnes ist es gewesen, der eine direkt ablehnende Willenserklärung des Reichsverbandes im letzten Augenblick verhinderte, indem er einen Beschluss durchsetzte, der die schon in München eingesetzte Kommission zur Fortführung der Verhandlungen mit der Reichsregierung ermächtigte. Als Ziel dieser Verhandlungen wird weitgehende gefällige Rückzahlung des Reiches für Reparationszwecke festgelegt, diese soll aber nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. Man fordert Sicherheiten dafür, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich einzutreten lassen, daß ferner das Wirtschaftsleben von allen, die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreit wird. Insbesondere verlangt man, daß die öffentlichen Betriebe nicht länger die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten, und ferner, daß alle in der Wirtschaft vorhandenen, nicht voll beschäftigten Kräfte zu produktiver Arbeit gebracht werden. Noch deutlicher wird die gefasste Entschließung zum Schluss, wo Sicherheit auch dafür verlangt wird, daß durch die Mitarbeit der Industrie aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Stärker konnte die Hilfsbereitschaft der deutschen Industrie wohl nicht mehr gut mit Bedingungen umstellt werden. Ja, mehr noch, die "Voraussetzungen", von denen die Rede ist, sind in Wahrheit Bedingungen, die an Reichsregierung und Reichstag gestellt werden, Bedingungen, deren sachlicher Inhalt sowohl wie deren Formulierung von starken politischen Strömungen ohne Zweifel erhebliche Beanspruchungen erfahren werde. Je weiter nach links, desto entschiedener wird betont werden, daß es der Industrie nicht wohl ansiehe, die angebotene Kredithilfe in dieser Weise unter Druck zu stellen, denn in Wahrheit habe sie zu wählen zwischen freiwilliger Kreditunterstützung des Reiches oder gesetzlicher Erfassung der Goldwerte. Wolle sie diese vermeiden, so habe sie allen Anlaß, der Steuernot des Reiches in großartigstem und umfassendstem Umfang entgegenzukommen. Statt ihre Mit-

wirkung an Bedingungen zu knüpfen, die nicht nur über das eigentliche finanzielle und wirtschaftliche Gebiet hinausgreifen, sondern auch in eine Form gesiedelt seien, die wie ein Ultimatum klingt. Was jetzt gefordert werde, bedeute nichts weniger als eine unmittelbare Einführung der Großindustrie auf Reichspolitik und Reichsverwaltung. Die Deutsche Volkspartei, die soeben bei der vorläufigen letzten Ministerkonferenz im Reiche die Mittübernahme der Verantwortung abgelehnt habe, wolle also auf diesem Umwege über die Kredithilfe der Industrie die Führung der Reichsgeschäfte in ihrem Sinne bestimmen, eine Zustimmung, mit der der Reichstag sich unmöglich einverstanden erklären könne. Glaube die Industrie, für ihre Kreditgewährung Gegenleistungen, zumal politischer Natur, einzubinden zu können, so müsse ihr vom Reichstage unzweideutig klar gemacht werden, daß man auf dieser Seite über Gegenleistung verfüge, die rücksichtslos anzuwenden die Not des Reiches sehr bald zur Pflicht machen könne.

Man sieht: Wirtschaft und Politik stehen abermals in einem gewaltigen Ringen miteinander. Die Industrie weist auf die Tatsache hin, daß man ohne ihre Mitwirkung, ohne ihre freiwillige Mitwirkung der Sorgen des Augenblicks, geschweige denn der Zukunft, nicht Herr werden könne. Die Parteien, die augenblicklich in der Regierung sitzen, wollen verhindern, daß diese unter das laudinische Joch unserer Industrieführer, der "Stinkende", wie man jetzt zu sagen pflegt, gebeugt werde. Die Gegenseite, die Heimseligkeiten werden schroff auseinander stoßen, und Herr Dr. Böhring muß wieder einmal versuchen, eigenständige Mächte gegeneinander auszugleichen, deren Starrsinn ihm das Regieren fast unmöglich macht. Schon ist auch damit zu rechnen, daß die mobilen Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin kommen, um hier in eigner Person nach dem Rechten zu sehen; was besagen will, daß wir mit der heutigen Art der gesamten Reichswirtschaft einer feindlichen Finanzkontrolle bedenklich nahe gerückt sind. Vielleicht, daß diese Gefahr von außen der eher zu einer Verständigung im Innern führt als die parteilichen Schwierigkeiten, aus denen wir überhaupt nicht mehr herauskommen. Politik und Wirtschaft müssen sich verständigen — wenn ihnen der Rest von Unabhängigkeit siebt ist, den sie noch besitzen.

Der Dollar 303 Mark!

Weiteres Sinken der Mark — Steigen aller Wertpapiere.

Die alle Voraussetzungen übersteigende Entwertung der Mark schreitet ancheinend unaufhaltsam fort. Die Mark ist heute im Verhältnis zum Friedensstand nur auf 1% günstig zu bewerten.

Der Dollarkurs setzte an der Montagbörse in Berlin seine sprunghafte Steigerung fort. Der Dollar wurde mit über 300 Mark bis 303 Mark bezahlt. Das Angebot war sehr gering, die Nachfrage sehr hart. Die Beschlüsse der Industrievertreterversammlung verstärkten die Marktentwertung.

Neben den ausländischen Zahlungsmitteln stiegen auch die inländischen Spekulations- und Industriepapiere durchweg stürmisch. Der größte Teil des spekulierenden Publikums und auch der zünftigen Börsenpelikulation hat das Bestehe, seine Rücksichten auf den Börse in den Zahlungsmitteln des Auslandes anzulegen. Bei dem heutigen Stande der Auslandswerte nähern wir uns bedenklich polnischen und österreichischen Verhältnissen.

Erdrückende Lasten.

22 000 Mark Steuern für jede Familie.

Die furchterlichen Ziffern unserer Schuldentlast und unseres dementsprechend hohen Steuerbedarfs, die in der Reichstagsrede des Ministers Dr. Hermann und in der Rede, die Dr. Braun im Reichswirtschaftsrat hielt, ein Bild unserer geradezu trostlosen Lage geben, gewinnen die rechte Anschaulichkeit erst, wenn man überlegt, wie diese Finanzverhältnisse auf den einzelnen zurückwirken. Ein sehr bedeutender Wirtschaftspolitiker, der frühere Reichsminister Dr. Ennburg, schreibt darüber, daß die Ziffern des deutschen Budgets von einer Durchsicht sind, die bisher offenbar bei und nicht begreift werden ist.

Einundneunzig Milliarden im Ordinarium, also 6000 Mark Steuerlast für jede Familie, etwa 240 000 000 000 Mark auf Reparationsfonds, gleich 16 000 Mark auf jede Familie, zusammen 22 000 Mark, ohne die Steuerungen, die auf Gehalt, Lohn und Materialkonto durch Anpassung kommen müssen.

Selbstredend ist damit nur der Durchschnitt berechnet, denn die weitaus größte Zahl der Familien kann solche Summen natürlich nicht aufbringen, während nach oben hin der Prozentsatz der Bevölkerung dementsprechend ganz rapide steigt. Angesichts dieser Ziffern ist es aber kein Wunder, daß die Gesamtlage des Reiches jetzt vielfach als geradezu verzweckt angesehen wird. So erklärte der Reichswirtschaftsminister Schäfer bei einem Vortrag in Dresden, die Spanne zwischen den Dächern, daß wir in absehbarer Zeit nicht mehr zahlen können.

Die größte Bewunderung des deutschen Volkes werde es einmal erreichen, daß es nach dem Abschluß des Friedensvertrages Leute gegeben habe, die glaubten, man könnte ihm erfüllen, besser leben und obendrein weniger arbeiten. Die 132 Milliarden Goldmark, die wir an die Entente zu zahlen haben, seien deute auf 7000 Milliarden

Papiermark angewachsen. Unsere österreichischen Bilder seien uns in allem ein Jahr voraus gewesen. Ihnen habe die Welt so wenig gedolten, wie sie uns helfen werden. — Nicht ganz so pessimistisch sieht der Abgeordnete Scheidemann die Lage an, der in einer Rede im Kassel darauf hinwies, daß trotz, oder vielleicht gerade wegen des unerhörten hohen Dollarkurses Amerika sechs Millionen Arbeitslose, wie im Reiche aber noch nicht 200 000 haben. Er sei sehr besorgt um die Zukunft Deutschlands, lebe sie aber

durchaus nicht hoffnungslös

an. Das Verlierer-Diktat versucht zu erfüllen, sei allerdings eine glatte Unmöglichkeit. Wir müssen und wollen tun, was wir können in der bestimmten Erwartung, daß in nicht zu ferner Zeit auch die Entente zu der Erkenntnis von der Unmöglichkeit des Diktates kommt und in eine gründliche Revision willigt.

Die große Koalition in Preußen.

Das neue Kabinett Braun.

Nach vielen Schwierigkeiten und wiederholten Anläufen ist im Preußischen Landtag doch noch eine Einigung in der Frage der Regierungsbildung auf der Grundlage der großen Koalition erzielt worden. Die Fraktionsverhandlungen des Sonnabend nachmittags drehten sich um die Frage, wer an Stelle des Demokraten Ober, den das Zentrum ablehnte, an die Spitze der Regierung treten sollte, und wer an Stelle des Sozialdemokraten Braun in das Landwirtschaftsministerium kommen könnte, wo ihn die Volkspartei nicht gern sah. Schließlich kam von der Volkspartei der Vorschlag, Braun aus diesem Amt an die Spitze des Kabinetts zu bringen und die Landwirtschaft dafür einem Demokraten zu geben. Auf diesen Vorschlag einigten sich in der achten Stunde alle Parteien, und als in der neunten Stunde das Plenum zusammen trat, ging ohne Schwierigkeiten die Wahl vor statt. Von den 338 abgegebenen Stimmen vereinigte Braun 197 Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten auf seinen Namen, während die Deutschnationalen und die Unabhängigen für je einen ihrer Leute stimmten und die Kommunisten keine Stelle abgaben. Braun war somit gewählt und hat inzwischen die Wahl angenommen. Sein Ministerium umfaßt folgende Namen:

Präsident: Otto Braun (Soz.).

Innen: Seering (Soz.).

Handel: Siering (Soz.).

Landwirtschaft: Dr. Wendorff (Demokrat).

Unterricht: Dr. Böhring (Deutsche B.).

Finanzen: Dr. v. Richter (Deutsche B.).

Justiz: Am. Jenckhoff (Zentrum).

Wohlfahrt: Ein noch unbestimmter Zentrumskandidat.

Der bisherige Ministerpräsident Stegerwald wurde vom Zentrum gebeten, daß Wohlfahrtsministerium wieder zu übernehmen, welches er früher bereits innehatte. Er hat jedoch endgültig abgelehnt und will sich wieder ganz der Arbeit an der Gewerkschaftsbewegung widmen. Das Zentrum hat in der Germania sein Be-

dauern darüber ausgesprochen, daß er dem neuen Kabinett nicht angehören will, und dankt ihm dafür, daß er, obwohl seine Partei energetisch für seine Neuwahl als Führer des Kabinetts eintrat, um der Sache willen zurückstand, da sonst die Einigung mit den Sozialdemokraten nicht zu standegekommen wäre. Das neue Kabinett wird sich am Donnerstag, den 10. November, dem Landtag vorstellen, wobei Ministerpräsident

Otto Braun eine Regierungserklärung verlesen wird.

Von den Parteien wird das Einigungswerk größtenteils begrüßt, obwohl man auch innerhalb der Koalition selbst nicht ohne Sorge darüber ist, ob nicht die starken Reaktionen, die innerhalb der Regierung zu erwarten sind, dessen Aktionsfähigkeit und seine Lebensdauer ungünstig beeinflussen werden. Von ganz rechts und von ganz links dagegen wird die neue große Regierung der Mitte, wie allerdings vorauszusehen war, lebhaft kritisiert. Man ist größtenteils der Ansicht, daß die Einigung allerdings vorläufig auf Preußen beschränkt bleibt, und nicht, wie man in demokratischen Kreisen erwartete, daß auch auf das Reich übertragen werden kann. Dort bestehen vielmehr in der Frage der Reparation und der Steuern (Dinge, die die preußische Regierung nicht direkt berühren) so große Meinungsverschiedenheiten, daß eine Einigung im Augenblick kaum möglich erscheint.

Stegerwalds Abschiedsrede.

Der scheidende Ministerpräsident Stegerwald wendet sich mit einer längeren Erklärung über die Gründe seines Rücktritts an die Öffentlichkeit, worin er vor allem die Notwendigkeit betont, daß die deutsche Politik in erster Linie aus dem System des fortwährenden raschen Wechsels heraus zu größerer Stetigkeit kommen müsse. Zum Schlus sagt er:

Was ich im April als Ministerpräsident neben der Führung der laufenden Geschäfte eines Verwaltungsstaates mit zum Ziel sah, war dreifach: 1. Ich wollte mit allem Nachdruck und aller nur denkbaren Sorgfalt die große Koalition

SLUB
Wir föhren Wissen.

schaffen; 2. finde ich zu verhindern, daß durch meine vorübergehende Ministerpräsidentschaft die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, in der ich meine Lebhaftigkeit verlor, und die sich aus Angestörten der Oppositions- und Sozialdemokratie erneuert, nicht zerschlagen oder auseinandergerissen werden; 3. möchte ich auch nach Beendigung meiner schwierigen Mission noch allen Seiten hin als anständiger Mensch dastehen. Ich glaube, daß mir dieses Ziel gelungen ist, und das genügt mir. Dem deutschen Volke aber möchte ich zurück: Wache auf aus deinem politischen Schlaf! Das gegenwärtige deutsche Verteilend bringt dich, wenn es andauert,rettungslos an den Abgrund!

Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 7. November.

Auf der Lageordnung der heutigen Sitzung stand die Beratung des Staatsweinmonopols in Verbindung mit den Steuergesetzen, zu deren Begründung der stellvertretende Reichsfinanzminister Dr. Herres in voriger Woche gesprochen hatte. Auf Vorschlag des Altkanzlers wurde mit den gesamten Vorlagen eine deutsch-nationale Interpellation verbunden über den

Stand unserer Valuta.

Abg. Edler von Braun (Deutsch.) begründete die Interpellation mit dem Bemerkung, die Regierung habe versucht, daß nach Annahme des Ultimatums eine erhebliche Besserung unserer finanziellen Lage sich ergeben würde. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. Was gehörte die Regierung zu tun, um den vollen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu verhindern? Der Redner verlangte dazu mit, daß die Interpellation im Laufe der heutigen Aussprache vom Minister beantwortet werden würde.

Die Aussprache über die Steuervorlagen.

Abg. Braun-Fantun (Soz.) kritisierte die Rede des stellvertretenden Finanzministers, der sich leider nicht rechtfertigend mit den Fragen dieses Amtes beschäftigt habe. Die Rede sei eine allgemeine Enttäuschung gewesen. Der Minister habe nur die phantasielose Darstellung der finanziellen Verhältnisse gegeben, die seit einer langen Reihe von Jahren dagegen seien. Es fehle an jeder Spur eines Finanzplanes. Weiter führte der Redner aus, wenn ein Franzose, der aus den stellvertretenden Vertretern seiner Heimat kommt und unsere rauhenden Schritte sieht, der Ansicht ist, daß wir zahlen können, so ist diese Ansicht jedenfalls besser begründet als die Ansicht der Stinnes und Helfrich.

Die Gesamtheit der Steuervorlagen erscheint uns ungünstig. Was der Finanzminister vorgeschlagen habe, befriedigte in keiner Weise. Der französische Ministerpräsident hat klipp und klar gesagt: „Erfüllung Deutschlands oder die Fall Frankreich.“ Die Devisenbeschaffung ist eine Frage von Leben und Tod. Wir wollen, daß die deutsche Industrie ihren Teil leistet, damit wir nicht Konkurrenz anmelden müssen. Aufgabe des Reichstags sei es, die Gefahr, die uns von der Industrie droht, abzuwenden. Hier rief der Abg. Dr. Helfrich dem Redner zu: „Sie sind zu gefährlich“, worauf der Abg. Braun entgegnete: „Sie sind während des Krieges nicht nur gefährlich, sondern gewissenlos gewesen.“ Wir erklären, damit schlägt der Redner, daß die Arbeitsteilung zu großen Opfern bereit sind, Voraussetzung ist aber, daß die bestehenden ihren Teil beitragen. Wir müssen unbedingt zu einer Stabilisierung der deutschen Mark kommen, damit die weltwirtschaftlichen Beziehungen gesichert werden. Solch die Erfüllungspolitik keine hohe Thrale sein, so müssen wir zur Eröffnung der Sachverhandlungen. Im übrigen sind wir uns klar, daß die neuen Steuervorlagen nicht genügen. Die Steuern müssen die tragen, die sie tragen können.

Abg. Herold (Zent.) bemerkte u. a., daß er den Zweck der soeben gedachten Rede nicht einzuführen vermöge, da doch die Partei des Vorredners der Koalition angehört. Jedoch besteht gar keine Veranlassung, von vorbereiteten dem jetzigen Reichsfinanzminister mit Wissenschaft zu begegnen. Die Rede des Vorredners macht geradezu den Eindruck, als solle sie eine Aufforderung an Frankreich sein, rücksichtslos seine Forderungen einzutreten. (Gutstimmen rechts und beim Zentrum.) Der Redner nahm weiter den Minister gegen den Vorwurf zu großer Bescheidenheit bei der Befreiung des Besitzes in Schutz und erklärte, man soll nicht immer jedes Gesetz für sich allein ansehen, sondern diese Gesamtheit in Betracht ziehen, um ein richtiges Bild von der Erfassung des Besitzes zu bekommen. Selbst die Sachverständigen der Alliierten geben zu, daß

die direkten Steuern so hoch geworden sind, daß ihre Ermäßigung ins Auge zu fassen wäre. Auch weiteste Kreise unseres Volkes erkennen diese übermäßige Belastung an. Vor allem aber warnen wir vor Experimenten, an die Stelle der Grundwerte jetzt mit einem Male die Ertragssätze als Grundlage für die Besteuerung treten zu lassen. Für eine gesunde Steuerentwicklung ist Beständigkeit erforderlich. Schließlich ging der Redner auf die einzelnen Steuervorlagen ein, wobei er bemerkte, daß die Ausführungsberatung in der Frage der Besteuerung der Industriepapiere sowie in der Frage der Vermögenszuwachssteuer noch viel Arbeit vor sich hat. Ebenso gebe die Umsatzsteuer zu Bedenken Anlaß. Das gleiche gelte übrigens von allen übrigen direkten wie indirekten Steuern. Man darf die Industrie nicht mit Steuern erdrücken. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß die Parteien sich schließlich alle hinter die Regierung stellen würden, auch die Partei, deren Redner vorhin abschied stand.

Abg. Höhne (Bayer. Volksp.) bedauerte, daß die Regierung nicht den Mut habe, der Entente einmal offen über unsere Verhältnisse Auskunft zu geben. Die Steuervorlagen seien jedenfalls ein Beweis dafür, daß wir am Ende unserer Kräfte stehen.

Abg. Dietrich-Boden (Dem.) erklärte die einzige Ursache unseres Finanzelends in der Reparationslast. Die beiden Goldstaaten, die wir jährlich bezahlen müssen, machen nach dem letzten Valutosturz 25 Milliarden im Jahr aus. Kein vernünftiger Mensch kann sich einbilden, daß wir das tragen können. Die Geschäftsführer, die wir bezeichnen, sind in Wirklichkeit ein Pappeisen. Die Rot der breiten Masse möchte, damit nimmt die innere Käuflichkeit ab, wir überschreiten das Ausland mit billigen Waren, können aber selber nichts kaufen. Solange die Entente an ihren Forderungen festhält, muß sie auch die Verantwortung für unseren Zusammenbruch tragen. Auch an der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Auslande trägt die Ententepolitik die Schuld. Was die Sozialdemokratie hier über die Notwendigkeit einer Erfassung der Sachverhalte vorbringt, zeugt von gänzlicher Unkenntnis und Verkenntnis der Tatsachen. Auch uns scheint die Stabilität der Reichsmark das wünschenswerteste Ziel, aber wir sind dagegen, die leichten Reaktionen unserer Reichsbank an diese Sache zu wagen. Die Reparationskommission müsse uns die Reparationszahlungen eine Zeitlang hindern, dann könnten wir die inneren Schwierigkeiten im Auslande bringen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt betonte, wir wollen unseren guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatums zeigen, mehr haben wir bei seiner Annahme auch nicht versprechen können. Wenn die Entente damals das Ausland befehlt hätte, ständen wir jetzt auch vor dem industriellen Zusammenbruch. Wir müssen die Ausfuhr förbern, aber auch darin sind wir von der Entente beschränkt, und wir wären es noch mehr, wenn die Entente von ihren Machtmitteln noch stärker Gebrauch mache.

Ungeheure Mengen französischer Zugangsartikel werden bei uns eingeführt, entweder wir trinken aus den französischen Champagner und Kognac und pfeifen auf die Reparationen, oder wir erschweren den Zugang zu den Weinbuden und Bierhäusern. Hier treffen wir freilich auf Verständnislosigkeit. Nun kam der Minister auf die willde Spekulation an der Börse zu sprechen und erklärte, wir wollen einen Gelegenheitsmarkt einrichten, der das freie Spiel in Devisen einschränkt. Vielleicht kann man auch die Spekulationsgewinne an der Börsenbörse weg-

neuern. Es ist verständlich, daß Kaufleute Devisen zurückholen, um Rohstoffe kaufen zu können. Aber wir werden uns an das Ausland wenden müssen, damit das Ausland hilft, die von Deutschen im Ausland hinterlegten Devisen herauszuholen. Begegnen einer Anleihe im Auslande sind Verhandlungen mit der Industrie geplant worden, die leider zu keinem Resultat geführt haben. Bleibt der Dollar auf der heutigen Höhe, so sehe ich sehr schwer auch für die innerpolitische Lage.

Abg. Dr. Helfrich (Deutsch.) bemängelte vor allem, daß in einer Zeit wie der heutigen das Reichsfinanzministerium nebenamtlich verarbeitet wird, und verurteilte es, daß der Reichsfinanzminister des Auswärtigen ist. Dann ging Helfrich auf die einzelnen Zahlen des Reichshaushaltes ein.

Der Redner betonte besonders, daß im nächsten Jahre umfangreiche Zahlungen an die Entente sich auf 180 Milliarden belaufen werden. Alle Anstrengungen des deutschen Volkes seien vergeblich, derartige Kosten zu bewältigen. Die gesamte Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes reiche nicht einmal aus, um den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn wir keine Zahlungen an unsere Feinde zu leisten hätten. Seine Partei werde sich fachgemäß an der Beratung der Steuervorlagen beteiligen, könne aber keine Vorlagen genehmigen, die nach ihrer Auflösung schädlich sind. Wenn jetzt die Verbrauchssteuern erhoben würden, so sei das die Schuld der Entente und der deutschen Sozialdemokratie. Das müsse bei Zeiten festgestellt werden. Am Schluß seiner Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit dem Kurszurück des Markts.

Die Verhandlungen dauerten noch geraume Zeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Verfahren im Kapp-Prozeß.

Der zuständige Seite wird eine längere Darstellung der Dinge gegeben, die zur Verschiebung des auf den 27. Oktober angelegten Prozesses gegen Anton Schiele und Wangenheim geführt haben. Die Erklärung betont, daß der Verteidiger der Angeklagten Erhard Bauer, Schimpf, Pabst am 14. Oktober den schriftlichen Antrag eingebracht habe, die Angeklagten gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft zu schonen. Der Oberrechtsanwalt lehnte den Antrag ab. Diese Stellungnahme billigte auch der Reichsminister der Justiz. Der Erste Strafgericht von Leipzig bewilligte aber das Freigekommen unter den gewissen, bekannten Bedingungen. Nachher stellte sich heraus, daß der Verteidiger irrtümlich gehandelt hatte, da die genannten Angeklagten nicht mehr die Absicht hatten, sich zu stellen. Bei dieser Sachlage hat der Oberrechtsanwalt Aufhebung des freien Geleits beantragt; das Reichsgericht gab dem statt. Es wird nunmehr gegen Jagow, Schiele und Wangenheim allein verhandelt werden. Der Termin hierfür ist auf den 7. Dezember festgesetzt worden.

Flucht eines verurteilten Kommunistenführers.

Der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Brandt, der wegen der Haltung seiner Partei während des dreijährigen Märzaufstandes in Mitteldeutschland vom Sondergericht beim Landgericht in Berlin zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden war und diese Strafe im Festungsgefängnis Golßow verbüßt, ist aus Golßow geflüchtet. Er hatte Stadturlaub und kam von diesem nicht zurück.

Postbeamte gegen die neue Beoldungsordnung.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hat zu der Neuregelung der Beamtenbefördung Stellung genommen und eine Einschließung gefaßt, in der es heißt: Die für die Neuregelung der Beamtenbefördung vorgesehenen Gehaltsätze sind durch die überstürzte Preisentwicklung weit überholt. Sie sind nicht ausreichend, um den Beamten der unteren und mittleren Beoldungskategorien die Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Reichsgewerkschaft erhebt daher gegen die geplante, völlig unverfiedigende Regelung nachdrücklich Einspruch.

Regierungsumbildung in Württemberg.

Die Regierungsumbildung in Württemberg durch den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett ist jetzt erreicht. Der Richter des Arbeits- und Ernährungsministers Schall und die Übernahme dieses Ministeriums durch den sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Seu wird bekanntgegeben.

Das Einwohnerrecht im Saargebiet.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich beim Rat des Völkerbundes Einspruch gegen die Verordnung der Regierung des Saargebietes über den Erwerb des Einwohnerrechts in diesem Gebiete erhoben. Das Sekretariat des Völkerbundes hat nunmehr die Antwort der Regierungskommission auf den deutschen Protest erhalten. Der französische Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, Roult, behauptet in dieser Antwort, daß seine Verordnung nicht einstimmig von der Kommission angenommen wurde, sondern daß auch die gewählten Vertreter der Bevölkerung gefragt worden waren. — Der Rat des Völkerbundes wird wahrscheinlich erst Januar Beschuß über den deutschen Protest fassen.

Aus In- und Ausland.

Tolsto. Infolge der Ermordung des Ministerpräsidenten ist das Gesamtkaubineit zurückgetreten.

Berlin. Der bisherige erste Vorsitzende der englischen Botschaft in Berlin, Lord Kilmarnock, geht als britischer Oberkommissar in der Rheinlandskommission nach Koblenz. Lord Kilmarnock war der erste beauftragte Vertreter Englands nach dem Waffenstillstand und der erste Geschäftsträger Großbritanniens in Berlin.

Paris. Am 22. d. M. an wird das belgische Strafgesetz in den Kreisen Eupen und Malmedy eingeführt.

Washington. Die neue Hauptstation der amerikanischen Funkgesellschaft Radio-Corporation of America wurde mit einer Kundgebung des Präsidenten Harding aus dem Weißen House in Washington eröffnet, in der er baldigen Frieden für alle Völker und Völker erhofft.

Karls Abschied von Ungarn.

Ohne Abdankung

Innerhalb der von der Entente gestellten Frist hat die ungarische Nationalversammlung den Gesetzentwurf über den Verlust der Herrschaftsrechte des Habsburger Karls und das Erlöschen des Thronfolgerechts des Hauses Habsburg angenommen. Damit ist der staatsrechtliche Formalität Genüge getan, aber noch hat Karl selbst die Abdankung nicht unterzeichnet, sondern sich vielmehr mit der Hoffnung ins Ausland begeben, daß er eines Tages doch noch sein bereits zweimal vergleichlich angestrebtes Ziel erreichen werde. Das kommt in einer Depesche zum Ausdruck, in der er sagt: „An dem Tage, an dem Ungarn im Unglück ist und nach mir ruft, werde ich glücklich sein, ihm dienen zu können.“ Er will, wie berichtet wird, fünfzig vom Verlauf seiner Schmiede und dem Eritra seiner Güter leben, die er noch in

Ungarn besitzt. Die Pension, die man ihm angeboten hatte, fällt er ab, hat er abgelehnt. Die Römer der ehemaligen Kaiser werden mit Erzherzogin Maria Theresia im Schloss Warneck bei Nördlingen aufenthalten gehen, wo die kaiserliche Familie, als sie nach der Schweiz kam, ihren ersten Wohnsitz hatte.

Kaiser und Bauer.

Aber die Einzelheiten der Arbeit Karls und Bitas weiß ein französischer Journalist ein rühriges Geschichtchen zu erzählen. Er berichtet, daß das Exkaiserpaaß in ganz einfacher Weise auf einem Eisenbahnviadukt aus dem Zug in das englische Kanonenboot umstieg, welches zur weiteren Fahrt ins Exil diente sollte. Auf diesem sei für beide die Wohnung ein einfaches Soldatenbergericht gewesen. Die Untertanenoffiziere waren sehr höflich, die ungarischen Offiziere aber sehr rauh und unhöflich gewesen, ja, sie hätten nicht einmal bis zur Abfahrt des Kanonenboots eine Ehrenwoche am Ufer zugelassen. Auch die alten Offiziere, die Karl begleitet hatten, gingen zum Bahndamm hinauf. Als Karl noch einmal die Tür seiner Kajüte öffnete, standen am Ufer nur ein Gendarm, ein Geheimpolizist und ein alter, halbwürtigster Bauer, der gekommen war — um den Kaiser Franz Josef zu sehen! Er wußte nichts davon (so erzählte der Franzose), daß Franz Josef gestorben sei, und war der Meinung, daß man den alten Kaiser außer Landes bringen wollte ...

Die Zurückgebliebenen.

In Ungarn ist der Parteienstreit um Karl auch nach seiner Abreise nicht erloschen. Im Anschluß an den Beschuß der Nationalversammlung kam es zu einer Schlägerei zwischen einem Abgeordneten, der den Exkaiser als Verteidiger bezeichnete und einem Karlisten, der diese Verteidigung durch Schläge rächte. Fast wäre es zu Blutbündschüssen im Parlament gekommen. — Einer der verfolgten Karlitenführer, der Oberst Lehar, ist nach München geflüchtet. Er hat die Donau durchschwommen und sich auf tschechisches Gebiet nach der bayerischen Grenze durchgeschlagen. — Die Tschechoslowakei stellt ihre Kriegsdrohungen gegen Ungarn ein. Die Demobilisierung ist angeordnet. Kriegerische Verwicklungen bestehen für Ungarn nur noch nach wie vor im Westen, dem sogenannten Burgenland, um das der Streit mit Österreich trotz der Entente-Intervention nicht beigelegt werden konnte.

Die Enthronung der Habsburger ist übrigens — o unfehlbarer Ben Aliibal! — nicht die erste in der Geschichte Ungarns. Wird sie die letzte sein? Bereits vor 200 Jahren und dann wieder im Jahre 1848 wurden die Habsburger aus Ungarn vertrieben, konnten sich jedoch, wenn auch mit fremder Hilfe, wieder in den Besitz des Thrones setzen.

Interpellation über die Enthüllungen Lipinskis.

Dresden. Die Enthüllungen des Ministers Lipinski über die „Räuber vom Stein“ werden demnächst den Landtag beschäftigen. Die Deutschnationalen wollen eine Anfrage an die Regierung richten, die dem Minister Gelegenheit geben wird, sich zu den einzelnen Punkten seiner Anklage noch näher zu äußern.

Auch wir halten es für sehr wünschenswert, daß über die von Minister Lipinski erhoften Anklagen Auseinandersetzung stattfindet.

Erklärung

der Liga zum Schutz der deutschen Kultur, Landesgruppe Leipzig, zu den „Enthüllungen“ des Herrn Lipinski.

Der sächsische Minister Lipinski hat aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen Gelegenheit genommen, von verantwortlicher Stelle aus einer Reihe von Organisationen anzugreifen und zu verdecken. Er hat dabei neben den Brüdern vom Stein auch die Liga zum Schutz der deutschen Kultur genannt und behauptet, diese wäre eine politische Organisation und arbeite mit den Brüdern vom Stein hand in Hand.

Wir stellen demgegenüber fest:

Die Liga ist weder eine geheime noch eine Kampforganisation, sondern eine Friedensorganisation, im strengen Gegensatz zu den Brüdern vom Stein. Wie des Weiteren ist die Liga unterstellt keinerlei Beziehungen zu den Brüdern vom Stein noch zu anderen Organisationen, sei es geistiger, geistlicher oder persönlicher Art.

In voller Unabhängigkeit arbeitet die Liga an folgenden Zielen: Rechtliche Ausbildung des deutschen Volkes über politische und wirtschaftliche Fragen der Gegenwart, insbesondere über den Völkervertrag und seine Folgen, Verbreitung der Parteiengedanken, Ausbildung der Standes- und Klosterunterfledde, zwecks Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft und Volksseinheit.

Die Liga verfolgt keine nationalistischen und internationalistischen Ziele, sondern vertritt die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen und der Schaffung eines Staats- und Volksbewußtseins im Geiste lebendiger Heimatliebe und Zugehörigkeit zur deutschen Kulturmenschheit. Die Liga steht auf dem Boden der Verfassung und kämpft für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Recht und Ordnung sowie für die sozialen Verantwortung jedes Staatsbürgers gegenüber der Gemeinschaft.

Die Liga bildet den Boden, auf dem die Anschauungen der verschiedenen Parteien und Persönlichkeiten über die politischen, wirtschaftlichen und ethischen Aufgaben des gesamten Volkes sich ausgleichen sollen und verwirkt niemandem, seine gegenständliche Meinung zu äußern.

Die Liga ist keine Partei, will keine Partei werden und ist völlig frei von jedem Parteienthus. Sie vereinigt vielmehr Angehörige aller Stände, Alters und Parteien, nicht zum geringsten der ordentlichen Bevölkerung. Die Liga steht als völlig neutrale Organisation bei geistigen Anlässen politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zu gemeinsamen Ausstellungen zusammen, wie dies beispielweise anlässlich der großen Leipziger Demonstration gegen die Pariser Beschlüsse am 13. Februar d. J. geschehen ist.

Die Liga arbeitet mit freiwilligen und regelmäßigen Beitragern ihrer Mitglieder, ohne sich bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Aufgaben von irgend einer Seite beeinflussen zu lassen.

Jedem Unbefangenem und rechtl. Denkenden, der nicht wie Herr Lipinski einzig, selbstsüchtig, dem Allgemeinwohl völlig widerstrebende Parteiinteressen verfolgt, ist es ohne weiteres klar, daß Herr Lipinski die Erfüllung seiner idealen Aufgaben im höchsten Grade unbehaglich ist und doch seine obzw. unbehaglichen Behauptungen rein demagogischen Beweggründen entspringen.

Aus der Praxis der Betriebsräte.

Wer sich vor Schaden schützen will, wähle die Gemeinschaftsliste.

In welcher unverantwortlichen Weise gewirtschaftet wird und welche Zustände in solchen Gemeindewesen eintreten, wo die rote Mehrheit herrscht, dafür ist die Stadt Berlin bekanntlich ein Schulbeispiel. Der Industrie- und Handelszettel* Nr. 228 entnehmen wir folgenden Artikel:

„Wie weit die zum Teil sogar illogale Machtanwendung und Unmäßigkeit der Betriebsräte in der letzten Zeit geht, dafür lädt sich besonders typische Beispiele in

angeboten
die Kinder
zogin Maria
seitlich neben
der Schweiz

ein Bitas weiß
sich zu er-
einzeln einfaßter
Zuge in das
Sahnt ins
Wohnung
gewesen. Die
ihren Offiziere
ten nicht ein-
nimmwache am
Kast begleiter
ar noch ein-
Ufer nur ein
Übertrittster
ang Tiefen zu
anzozen), daß
daß man den

el auch nach
an den Be-
ner Schlä-
Erfolger als
n, der diese
z es zu Pi-
ner der ver-
ih nach
urchschwom-
bayerischen
sei stellt ihre
Demobilisie-
rungen im Westen,
der Streit
a nicht bei-
origens —
in der Ge-
bereits vor
wurden die
sich jedoch
n Besitz des

Sipinskis.
Sipinski über-
gungsbehörden
erierung richtet,
den einzelnen
über die von
hen wird.

Kultur,
füllungen"

bevorstehenden
er Stelle aus
verdächtigen.
die Liga zum
ste wäre eine
n vom Stein

organisation,
Gegenjahr zu
des Klosters
n weder zu
tionen, sei es
genden Zielen:
politische und
den Verfolger
riegegenübe,
haftung einer
ationalistischen
engebrigkeit
und Volks-
ebrigkeit zur
Boden der
Rabe, Recht
Staatsbürgers

sauungen der
eine Angehörige
en der arbeits-
Organisation
die Verbände
beispielweise
die Pariser
en Belägen
n dargelegten

er nicht wie
völlig wider-
es klar, daß
im höchsten
gen Behaupt-

Bräute.
ähle die

rd und welche
e Mehrheit
ispiel. Der
der folgenden
bendung und
alle dünnen
erlin finden.
e Welt über
und Altona
om 23. Sept.
Dieser kann
n entschieden

wird. Nach dem Betriebsrätegesetz sind zwei Richtlinien zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitsrat zu vereinbaren. Es heißt aber: „Im Rahmen der Richtlinien hat über die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers der Arbeitgeber allein, ohne Mitwirkung oder Aufsicht des Arbeitsrats zu entscheiden.“

Durch die Anprüche der Betriebsräte wird die Berliner Verwaltung verteuert. Ein Betriebsrat verlangt z. B. ein Telefon mit besonderem Anschluß, nicht über die Zentrale, über welche alle anderen Anschlüsse geben. Der Berliner Betriebsrat der Hauptverwaltung der Straßenbahn hat für 180000 Mark ein Haus mit Konferenzsaal und allen möglichen Einrichtungen bekommen. Bei der Großen Berliner Straßenbahn sind alle Betriebsräte ein für allemal vom Dienst bestellt. Der Betriebsrat der Straßenbahn hat sich und sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Straßenbahn Freikarten für 1920 und 1921 bewilligt. Das sind 23000 Freikarten im Werte von je 225 Mark, also rund 50 Millionen Mark. Durch den Betriebsrat ist der Abstundentag zu erhöhen, die Arbeitszeit auf 7%, Stunden herabgesetzt, was mit einer Nebenausgabe von 5% Millionen Mark verbunden ist.

Die Betriebsräte halten im Winter 1920 eine Informationsreihe, die sich über 10 Tage erstreckte, nach Hannover, Dortmund, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M. und Nürnberg unternommen. Sie hatten natürlich freie Reise zweiter Klasse und bekamen je Tag für den Kopf 180 Mark Dösen. Außerdem bezogen sie während dieser Zeit ihren vollen Arbeitslohn und, da sie manchmal länger als acht Stunden auf der Eisenbahn gelegen haben, noch Pausen für längere Übernachten. In der Nacht zum 24. November 1920 bemühte der Obmann des Betriebsrates der städtischen Straßenbahn in der Amalienstraße ein lädiertes Auto, um vier Betriebsräte der Groß-Berliner Straßenbahn nach Hause zu bringen, nach Neukölln und Charlottenburg.

Die Betriebsräte der Gaswerke liehen die Verleihung von 150 Arbeitern, die auf ihren alten Arbeitsstellen überflüssig waren, nach einem Gaswerk, auf dem neue Ofen in Gang gebracht werden sollten, nicht zu, so daß 150 Arbeiter neu eingestellt werden mußten, obwohl bereits zu viel Arbeiter an anderen Stellen beschäftigt waren.

Topfpflanze für die Namensgebung der Berliner Betriebsräte ist die Bekanntmachung des Betriebsrats der städtischen Parkverwaltung, in welchem die Anträge dem Schreiber des Publikums empfohlen werden. Von Seiten des Richters wurde darauf eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob der Betriebsrat zu solchen Veröffentlichungen berechtigt sei. Der Oberbürgermeister beantwortete ausdrücklich, daß der Betriebsrat seine Befreiungserklärungen hätte und die derartige Veröffentlichungen im Zukunft nur von der dazu berufenen Dienststelle erlassen würden.

Man könnte an der Wahrheit dieser Vorwürfe zweifeln, wenn die Angaben nicht aus einer Zeitung kommen, die in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt und anderen Reichsämtern erscheint.

In Leipzig hat man bereits einen Vorgespräch dieser selbstkritischen Betriebsräte abgeschlossen. Am 9. Februar 1921 forderte der Betriebsrat der städtischen Betriebe in einer Eingabe Richtlinien für das Mittelbewilligungsrecht in allen Arbeitsangelegenheiten. Wie das in der Praxis aussehen würde, zeigte die Sitzung vom 6. Juli 1921, in der über eine Eingabe wegen der Wiedereröffnung der Straßenbahndienststelle an der Chemnitzer Straße beraten wurde. Die Kommunisten Schumann beantragten, den Betriebsrat der Straßenbahn zu dieser Beratung hinzuziehen!! Wegen einer Straßenbahndienststelle!!!

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 8. November 1921.

Merkblatt für den 9. N. u. v. er.

Konneautgang 7th | Mondaufgang 1st N.
Konneuntergang 4th | Monduntergang 12th S.
1918 Abdankung des deutschen Kaisers. — Rücktritt des Reichskanzlers Brüning. Zug von Baden; Nachfolger wird Friedrich Ebert. — Ausrufung der sozialistischen Republik Deutschland.

Was geht es uns an? Unsere Studenten entstammen größtenteils der gesunden Mittelschicht des Volkes. Daß die Kosten ihres Studiums auch selber schon von den Angehörigen häufig nur unter großen Opfern aufgebracht werden konnten, war nahezu sprachlich. Viele münzen mit den schmalen Stipendien auskommen, die ihnen durch irgendwelche Stiftung zufließen. Und jetzt ist es noch schlimmer geworden, denn der größte Teil der Studenten befindet sich in unlänglicher Not. Die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, entsprechen nicht unbedingt dem heutigen Geldbedarf. Was geht's uns an! Wer kein Geld hat, der soll eben das Studieren lassen," wird mancher antworten. Rundschuß, die Mehrzahl unserer Studenten entsprach auch früher in seiner Weise den Vorstellungen, die man sich über sie machte. Es waren meist ideal gestimmte, fleißige und bescheidene Menschen, denen nur die Hoffnung, das Vorrecht der Jugend, und die Liebe für den künftigen Herrn über Erziehungen hinweggeschafft konnten. Wer sein Leben auf Hungern und Barden kann, der ist würdig, verdient ein Lehrer des Volkes zu werden. Sollen diese idealgestimmten Menschen nun ganz ausgeschaltet sein? Gott an ihre Stelle das Prothümum neuer Reicher treten? Die vorherige Studentenjugend macht unsere Zukunft; ihre Not geht uns alle an.

Ps-4.

Ein schauerlicher Sturm in Verbindung mit starkem Regen schleißt in der Nacht zum Montag die Menschen in Angst und Bangen und richtete ungeheure Sachschäden an. Vorläufig läßt sich noch gar nicht übersehen, wie groß der Schaden am Ende sein wird. Die Meldungen der nächsten Tage werden es beweisen. Wie in Naunhof scheinen noch glimpflich davon gekommen zu sein, immerhin wurden auch wir nicht verschont. Auf dem Marktplatz war der Sturm die grohe schwere Lüftschule gott um. In der Evangelische wurde von einem Grundstück fast die halbe Giebelwand eingeschlagen. In der Bahnhofstraße läßt eine Feuerstelle brennen, außerdem wurden die Ziegeldächer ordnerisch zerstört, auhergewandert Stark mitgenommen wurde aber unter Rohbausturm, welcher wohl soll nun umgedreht werden muß. Schwer gelitten scheint auch unsere Überlandzentrale zu haben, die Leitung war ausgeholt, sodass bis Nachmittag 4 Uhr die Betriebe ruhten. — Auch aus der besseren Umgebung werden uns schädliche Schäden entstehen, so wurde u. a. das Dach der Kirche zu Threna Stark beschädigt. In Lindhardt wurden ebenfalls verschiedne Dächer runter, Däume wurden entwurzelt u. s. w.

Naunhof. Der Heiligabend des diebstahl Sportvereins, der am Sonnabend in den Räumen des "Gold. Stern" gefeiert wurde, ist glänzend verlaufen. Den Bericht darüber müssen wir aus legen. Gründen für die nächste Nummer zurückholen.

Vollspieleshaus. Wie eine heutige Anzeige besagt, wird morgen Mittwoch ausnahmsweise eine Vorführung stattfinden und zwar die eines Dramas in 8 Akten "Die Sklave der Adrienne Bernard". Wie uns mitgeteilt wird, ist das Stück überall mit grohem Erfolg und vor ausverkauften Häusern über die weiße Wand gegangen. Es hölzer ist das dargestellte Leben der Heldin des Stückes, die alle Höhen, aber auch Tiefen und Höhepunkte des menschlichen Lebens kennengelernt haben, um zuletzt noch einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen.

Naunhof. Auf das am Freitag, den 11. November 1921, 8 Uhr im "Goldenen Stern" stattfindende 1. Vollspiel der Bühne "Leipziger Theatergemeinde" sei nochmals empfehlend hingewiesen. "Ich liebe Dich" ist als das interessanteste und packendste Werk Rud. Labars zu bezeichnen. Von der Güte des Gespielten überzeugt am besten der Besuch der Vorstellung. Schluss des Vorverkauses 1,5 Uhr. Dessauna der Abendkasse 1,7 Uhr.

Gelingen! Die klassendewohnte Arbeiterschaft feiert am 9. November den Jahresring der Revolution und fordert alle Kreise auf, an der Abendfeier teilzunehmen, es ist eine ernste und würdige Veranstaltung, jeder Teilnehmer wird auf seine Bedeutung kommen. WK.

Geschlossen wurden am 31. Oktober mittags einem in Threna wohnenden Gutsbesitzer aus dem offenen Gartens hinter dem Gute 6 Stück weiße Damenhemden mit Käppchen, 3 Stück blonde Damenhemden, 6 weiße Handtücher, 1 weisses Tischtuch und 2 weiße Taschentücher im Gesamtwert von etwa 3000 Mark. — Gerner wurden am vergangenen Sonnabendmittag aus der offenen Kirche zu Threna ein 12 m langer und 1 m breiter rotebaumener Pfosten sowie ein schwerer Talar im Werte von 1000 Mark gestohlen. Wer Angaben betr. der Diebstähle machen kann, sollte dies der Gendarmerie in Naunhof mitteilen.

Am 5. ds. Wts. 12th, Vorm. brach in der Chamotte-Fabrik von Hermann Berger in Fuchsau ein Stadionbrand aus, model die aus Mauerwerk bestehende 2 Stock hohe Fabrik ausgebrannt und Material und Handwerkszeug zu 120 Del. mit verbrannt ist. Als Entstehungsursache wird Selbstzündung angenommen. Der in der Nacht zum 5. 11. herrschende orkanähnliche Sturm hat annehmbar das in den Ofen zurückgehende Feuer wieder angefacht und das in den Trockenräumen befindliche ausgedrehte Holz in Brand gelegt. Der Schaden ist ziemlich erheblich, doch ist ein Teil durch Versicherung gedeckt. Die dort beschäftigten Arbeiter finden bei den Ausdrucksarbeiten Verwendung.

Regelmäßiger Tanztag im November 1921. Seitens des Ministeriums des Innern ist als regelmäßiger Tanztag im Sinne von § 4 der Verordnung über Tanzveranstaltungen vom 8. Dezember 1911 (G.B. Bl. 1911, S. 2) an Stelle des 20. (Totensonntag) der 27. November 1921 (1. Advent) bestimmt worden.

Der neue sächsische Arbeitsminister. Die Dresden unabkömmlinge Volkszählung teilt mit, daß der Dresdner Arbeiterschaftsleiter und unabkömmlinge Landtagsabgeordnete Rist zu zum Nachfolger des sächsischen Arbeitsministers Jückel bestimmt worden ist. Der neue sächsische Arbeitsminister Rist wurde 1876 in Brandenburg a. H. geboren, er erlernte die Glashandelsmühmerei. Wir haben demnach auch einen Handelsmühmacher auf dem Ministerstuhl.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 7. bis 13. d. M. zum Preise von 720 Mark für ein Zwanzigmärchenschiff, 360 Mark für ein Jahrmarktschiff. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Dieziehung der Goldlotterie für die Altmünzstille findet vom 14.-21. November in Dresden statt. Der Höchstgewinn dieser Lotterie beträgt im günstigsten Falle 100000 Mk. Viele zu 5 Mk. sind noch überall zu haben.

Der Sächsische Militärvereinsbund hat in den letzten drei Vierteljahren 34350 Mark Unterstützungen an bedürftige Bundesmitglieder gewährt.

Allgemeine Viehzählung wird am 1. Dezember auf Anordnung des Reichskanzlers für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommen, die ist auf Vieh, Wolltiere, Ochsen, Kinder, Schweine, Ziegen, Hederöder, Kaninchern und Bärenwildtiere erstreckt.

Nach Bildermeldungen soll der im Kriegs wegen seiner abenteuerlichen Fähigkeiten auf einem deutschen Kapitän verwiesene Seefahrer Graf Luckner Film-Schauspieler geworden sein.

Merchau. In schwer betrunkenem Zustande wurde am Freitag in den Abendstunden ein Mann auf der Wurzener Straße aufgefunden und in polizeilichen Gewahrsam genommen. Der Mann hatte lange Zeit auf freiem Felde gelegen und versuchte man in den Abendstunden die Polizei telefonisch davon in Kenntnis zu setzen. Er konnte aber nicht mehr geborgen werden, da die Polizei nicht zu erreichen war.

Wegen Fälschung eines Schechs in Höhe von 43000 Mark batte sich der 17jährige Kaufmannslehrling Gerhard Adlig aus Leipzig zu verantworten. König, der sich bisher vorwurflos geführt hatte, trat in einen Sportklub ein und geriet in Geldvergleichsstreit. Er beging bei seiner Firma in Schkeuditz zunächst kleinere Unterhögelungen. Als er eine Entdeckung fürchtete, stahlte er einen Schech über 43000 Mk., hob das Geld von der Bank ab und flüchtete. Die Polizei verhaftete ihn dann in einem Hofgebäude in Berlin, nachdem er in drei Tagen nicht weniger als 8000 Mk. verjubelt hatte. Die Stadtkammer in Halle verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis.

Meißen. Freiwillig aus dem Leben getreten ist auf dem Rittergut in Henitz der Scholz L.

Chemnitz. Verbräunt. Am 25. Oktober hat sich der 16 Monate alte Knabe Gerdard Ullig, dessen Eltern Carlottastr. 34 wohnen, mit heiinem Asche verbront, daß der unglückliche Kleine am 2. d. M. gestorben ist.

Plauen i. V. In einer Versammlung der Betriebsratsmitglieder zu Plauen haben 104 Vertreter für und 91 Vertreter gegen die Arbeitsruhe am 2. November gestimmt. Von den Gegnern des Beschlusses wurde ausgeführt, daß sie es in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Leidenschaft, wo jed. Werk so dringend zur Beliebung des Lebensunterhaltes gebraucht werde, ihren Arbeitskollegen nicht zumuteten könnten, auf dem Ausfall eines Tagelohnes zu verzichten.

Oelsnig i. V. Die Schenkung des rechten Auges eingedrückt hat in Lauterbach das 13jährige Schulmädchen Margarete Meißner.

Der ältere Sohnbruder hantierte mit einem kleinen Taschenfeuerzeug.

Plauen i. V. In einer Versammlung der Betriebsratsmitglieder zu Plauen haben 104 Vertreter für und 91 Vertreter gegen die Arbeitsruhe am 2. November gestimmt. Von den Gegnern des Beschlusses wurde ausgeführt, daß sie es in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Leidenschaft, wo jed. Werk so dringend zur Beliebung des Lebensunterhaltes gebraucht werde, ihren Arbeitskollegen nicht zumuteten könnten, auf dem Ausfall eines Tagelohnes zu verzichten.

Das Land zum Goldenen Hirschen. Das neue württembergische Landeswappen stellt einen Hirsch dar, der von goldenen Hirschen gehalten wird. Das Wappen selbst besteht aus einem Schild mit vier Feldern, deren erstes und vierstielig liegende schwarze Hirschstangen in Gold enthalten, während das zweite und dritte je zwei schwarze und rote Querstreifen aufweisen.

Das Wad des Dampfers "Storkow" gehoben. Aus Berlin wird gemeldet: Nach schwieriger Arbeit ist es jetzt gelungen, das Wrack des aus dem Wannsee gesunkenen Dampfers "Storkow" zu heben. Das Schiff weist schwere Beschädigungen, besonders am Vordersteuert, auf. Nachdem es an Ort und Stelle wieder eingemachte schwimmfähig gemacht worden war, wurde es nach der Werft in Potsdam abgeschleppt. Von den Opfern der Dampferkatastrophe sind nunmehr alle bis auf vier ausgesunken worden; nach ihnen soll weiter gesucht werden.

Oranien. Durch einen orkanartigen Sturm wurde in Düsseldorf großer Sachschaden verursacht. Dächer wurden zum Teil abgedeckt, Firmenschilder herabgerissen und viele Schaufensterscheiben eingeschlagen. In den Anlagen der Stadt wurden große Verwüstungen angerichtet. Auch in Köln und in Frankfurt a. M. wurden durch den Sturm zahlreiche Schäden verursacht. In Köln war wegen der herabstürzenden Dachbedeckungen der Verkehr auf den Straßen gesperrt.

Der Mörder Erzbergers verhaftet und wieder entkommen? In Marbach an der Donau wurde von der Gendarmerie ein Mann verhaftet, auf den das Signalement des Kurt Eislers, der bekanntlich als einer der Mörder Erzbergers gilt, passte. Dem festgenommenen gelang es jedoch, aus dem fahrenden Zug zu springen und zu entkommen. Bis jetzt blieben alle Suchsuchungen nach dem Entflohenen ergebnislos.

Am Todesopfer einer Feuerbrunst. In der Radetzkystraße in Budapest brach ein Brand aus, bei dem acht Personen den Tod fanden. — Über eine große Feuerbrunst wird auch aus Paris berichtet. Der Brandherd war ein Barakendbau des Forts Aubervilliers, in dem Risten mit Chlor ausgeworfen wurden.

Ende des Haager Schachturniers. Im Haager Schachturnier gewann den ersten Preis Mechin mit 8 Punkten, den zweiten Dr. Tarasow mit 7, den dritten Rubinstein mit 6½. Es waren neun Runden gespielt worden.

Dampferkatastrophe. Im Sturm und Schuetzenfesten führte vor der Hafenseinfahrt von Helsingør der Dampfer Gustav aus Åbo. Er hatte insgesamt 30 Personen an Bord, von denen nur zwei noch lebend an die Küste gespült und gerettet wurden. Die übrigen 28 sind ertrunken.

Der Wahrheit Sieg.

Roman von Erich Bernstein. 12

Er wird leiden und sich auch ärgern," denkt Martina;

„heute wird er sie vergessen, und dann vielleicht nicht mehr blind und taub sein gegen eine, die ihn mehr liebt als alles andere auf der Welt. Freilich kann auch anders kommen. Über dann, wäre dann die Liebe eines anderen nicht der beste Trost?"

Plötzlich erschauert sie, von einem andern Gedanken erheit. Wäre sie nicht noch mehr als Trost? Wäre sie nicht Schutz — Rettung? Heute ist nicht das Schicksal selbst einen Weg, auf dem sie einem Gefühl entstehen könnte, das ihre Tochter erheben, ihre Mutter schlaflos macht?

"Martina," bidet er ungeduldig. „Nicht Du Dich so lang bestimmen, ehe Du zugreifst, wenn ich Dir alles anfrage, was Dein Glück sein kann?"

Da liegt sie den Kopf an seine Brust und flüstert: „Gott ist zu bestimmen braucht ich mich, aber eins muß mir jetzt heiße verpflichten, Daniel!"

"Ach, was Du willst," antwortet er sturmisch, den Arm um ihre Gestalt schlingend. „Weißt nicht, daß ich ein Narr bin aus Liebe zu Dir? Was verlangt Du, Martina?"

Und sie murmet leise und stotternd: „Doch kein Mensch etwas von unserem Verlobnis erahnt, solange ich noch Bachwirtin bin in Frieden. Denn die Wirklichkeit hier muß ich doch los sein, bevor ich Deine Frau werde."

Er flügt und sieht sie mißtrauisch an.

"Martina!"

Erhabter führt sie fort: „Schau, Du mußt es doch einsehen! Die Gemeinde will Prozeß führen gegen Herrn von Hahn und vielleicht auch gegen den Baron. Du wirst Ihr Feind sein, und für mich wäre kein Bleiben mehr hier als Deine Frau."

O Eine brennende Erdgasquelle entdeckt. Auf dem Gelände eines Weingroßhändlers im Riessee bei Riel wurde eine brennende Öl- und Erdgasquelle entdeckt. Auf etwa hundert Meter im Umkreis hat sich der Boden gesenkt. Flüssende Asche, aus der hohe Flammen züngeln, bedeckt die Brandstelle. Untersuchungen der Brandstelle durch Sachverständige werden ergaben, ob eine Ausbeute der Quelle möglich ist.

Die Not der alten Veteranen. Zur Besserung des Loses der Veteranen aus den Kriegen 1866 und 1870-71 hat der Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen und Kriegsbeschädigter, Vaterlandspende G. V., dieser Tage eine Wirtschaftsspende für Veteranen verankert und sich mit der Bitte um Unterstützungen vornehmlich an Kreise der deutschen Wirtschaft gewandt. Während das Reich nach Möglichkeit die Kriegsbeschädigten des letzten Krieges den teuren Zeiten entsprechend unterstützt, erhalten jene alten Veteranen immer noch den "Gehensold", der im letzten Jahre 300 Mark betragen hat. Damit kann aber der bittere Not nicht abgeholfen werden, in der sich von den noch lebenden ungefähr 200 000 Veteranen mindestens 30 000 befinden. Es wäre daher zu wünschen, wenn die Sammlungen zur Spende im Interesse der alten Kämpfer günstigen Verlauf nehmen würden. Die Spenden nimmt der Reichsverband auf sein Postkonto Berlin NW. 7, Nr. 16 399, entgegen.

Schlussdienst.

Drabtnachrichten vom 8. November.

Die Hilfe für die Invalidenrentner.

Berlin. Im Sozialausschuss des Reichstages behandelte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Frage, ob eine Erhöhung der Renten unterschiedlich sowohl dem Bedürftigen wie dem Nichtbedürftigen zulassen solle. Am 1. Januar 1920 gab es in Deutschland insgesamt 28 Millionen Rentenempfänger. Dazu kommen die Unfallrentner, und zwar wiederum fast eine Million Personen. Renten aus der Knapphofsversicherung erhalten etwa 300 000 Personen. Die Gesamtkanz der Sozialversicherungskontinente beträgt somit rund 4 Millionen. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß es hierbei um eine ganz uneindeutliche Maße handelt. Eine Statistik in einer süddeutschen Stadt habe überraschende Ergebnisse gezeigt; ein großer Teil der Unfallrentner habe in Arbeit und habe einen vollen oder doch annähernd vollen Arbeitsverdienst.

Ortsverein d. U. S. P. D. Naunhof.

Große öffentliche Revolutionsfeier

im Gasthof zum goldenen Stern.

Mittwoch, den 9. November 1921

Gesang, Theater, Rezitation u. Cello-Vorträge nebst Gruppenstellungen, Festrede

Referent Redakteur H. Fleißner.

Einlaß
6 Uhr



Anfang
7 Uhr

D. V.

W. König.

Visitenkarten

erfolgt schnell u. billig Buchdruckerei Günz & Eule.

Nur Mittwoch 9. Nov.

5 Aktel

„Die Sünde der Adrienne Bernard!“

Erstklassiges Sittenschauspiel aus dem Leben.

Anfang 7 Uhr.

Lichtspiele

Nur Mittwoch 9. Nov.

Sonderprogramm!
Nur für Erwachsene.

Hauptrolle: HANNI WEISSE.

Letztes Programm 1/9 Uhr.

5 Aktel

Eine ältere Frau

wird zu einem Kind gesucht.
Bahnhofstraße 3.

Ziege, 3 mal gelammt,
Gähner, gelbe Stallener,
Schraubstock, Nr. 2
billig zu verkaufen
Wurzenerstraße 8, I.

Mädchen sucht Schlaflustelle

Zu erfragt in der Epp. ds. Bl.

Zwei Tische
ein Vogelbauer
und ein Reiseflascher
zu verkaufen Wurzenerstraße 2.

Möblierte oder leere
Stube und Kammer
mit Kochgelegenheit

sucht junges kinderloses Ehepaar
Werde Offerter erbittet mit Preis
unter „H.“ an die Epp. d. Bl.

Sportverein Naunhof

Morgen
Mittwoch
abends
8 Uhr im
Rothenbg.
Ecke
Mannschafts-Abend der
II. Herrenmannschaft.



Sind Sie schon Leser des Buch-Romans?

Todesanzeige.

Heute früh verschwand nach kurzem, aber schwerem Krankenlager mein innigster geliebter Gatte, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der pensionierte Bahnwärter

Robert Schumann

zu Klinga.

In tiefstem Schmerze

Klinga, 7. November 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 1/2 Uhr.



Feinkels Fabrikate
sind im Engroshandel zu
beziehen durch die Firma
Alfred Bislich,
Naunhof-Leipzig, Tel. 136.

Die Sünde
der
Adrienne Bernard.

Kleines freundlich.

Vandhaus
zu kaufen gesucht.
Beyer, Leipzig-Mendau
Palmstraße 1, 1. Eig.

Militärmantel

von Leipziger Straße aus in
Naunhof verloren. Geg. Dank
u. Belohn. abzug. Bahnhofstr. 17.

Grauer Herrenfilzhut

verloren. Der Finder wird
gebeten, ihn gegen Dank und
Belohn. abzug. Biedermann.

Sonntag abend

grüner Filzhut

verloren gegangen. Geg. Belohn. abzug. Bahnhofstr. 11.

Sonntag Nach

brauner Herren-hut

verloren. Geg. Belohnung
abzugeben Grimmaierstr. 16, I.

Heute Morgen 1 Uhr verschwand mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der pensionierte Bahnwärter

Johann Berthold Just

im 77. Lebensjahr.

NAUNHOF, den 8. November 1921

Dies zeigen tiebetrift an

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr
vom Trauerhause Gartenstr. 54 aus statt.

Die parlamentarische Marke.
Berlin. Der jetzige Reichsminister des Innern Dr. Köster hat kürzlich als Abgeordneter eine Anfrage im Reichstag eingebracht, weil täglich ein Strom dänischer Aufläufer Schleswig-Holstein über schwemmt und die Preise für Getreidekartoffel immer höher treibt. Als Reichsminister des Innern kann Herr Köster nunmehr die Maßnahmen anordnen, die er selbst von der Reichsregierung in der kleinen Anfrage verlangt hat.

Übungen im Telegraphenverkehr.

Berlin. Infolge der Witterungsverhältnisse sind wieder große Verkehrsbelastigungen im Fernsprech- und Telegraphenverkehr insbesondere im Verkehr mit Westdeutschland und dem Ruhrgebiet eingetreten. Die Telegraphenverbindungen mit London sind aus englischem Gebiet unterbrochen. Störungen von Telegraphenleitungen bestehen im Verkehr mit Frankreich, Holland, Belgien, Schweiz und Italien. Im östlichen Fernsprechverkehr steht insbesondere die Verständigung zwischen Berlin und dem Rheinland.

Zusammenschluß der Kriegsverletzten.

Weimar. Hier fand eine gemeinsame Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer sowie des Einheitsverbands Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Verschmelzung beider Verbände statt. Die endgültige Verschmelzung der beiden Organisationen wird im Januar vollzogen werden. Die neue Organisation wird eine Mitgliederzahl von mehr als einer Million erreichen.

Eine Theaterraufführung in der Kirche.

Magdeburg. Hier fand eine Aufführung von Hoffmanns "Jedermann" in der Marienkirche bei weidestiller Stimmung vollem Erfolg. Der Versuch dieser ersten Kirchenaufführung wird als durchaus gelungen bezeichnet.

Deutsches Schulkomitee in Beuthen.

Beuthen. In Beuthen hat sich angeblich der Absicht Polens, die Stadt Beuthen noch für sich zu gewinnen, ein "Deutsches Schulkomitee" gebildet, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, vor allen Dingen gegen die polnische Propaganda einzuschreiten.

Polnischer Unwill über Rußland.

Warschau. Die polnische Regierung hat an die Sowjetregierung eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß die Sowjetregierung, obgleich seit dem Ratigaer Vertrag bereits ein halbes Jahr verstrichen ist, bislang noch keine einzige der im Vertrage aufgestellten Bedingungen erfüllt hat und sich stattdessen auch der geringfügigsten Verpflichtung entzogen hat.

Die Rückkehr hierauf müssen der polnischen Regierung zweifel aufkommen, ob die Sowjetregierung überhaupt in der Lage ist, irgendwelche übernommene Verpflichtungen zu erfüllen.



Hier ist ein Weib, hier ist ein Mann,
Und Lumpel, der sitzt nebenan.

„O Lumpel, wenn ich dich verlere.“
So seufzt die Frau, „was tu' ich dann?“
Da knurrt es förmlich aus dem Tiere:
„Mensch, infertest“

Reaktion: Robert Günz, Druck und Verlag Günz & Gute in Naunhof

Futter-Rüben

a Sonntags 25 Mark hat noch
abzugeben Geißel.

u. Kaninchen-Züchter-Verein

Berm. Trichter, Lange Str. 28.

Die Sünde
der
Adrienne Bernard.

Naunhof—Goldner Stern

Freitag, den 11. November 1/8 Uhr
I. Gastspiel der Bühne „Leipziger Theatergemeinde“
(Dir. A. Pfeiffer.)

„ICH LIEBE DICH!“

Schauspiel in 3 Akten von Dr. Rud. Lothar

Eintrittspreise (einschließl. Steuer)

Sperrsi. (num.) Mk. 7.20	An der Abendkasse
I. Platz (num.)	50 Pf. Aufschlag!
II. Platz	Vorverkauf im Hotel
Galerie	Goldner Stern.

Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr.

(Albrechtsbahn
Dieses Bl

Sparkasse

Täglich

Übertragung

No. 10 783

* Die Reichs-
schrankung des
Banknoten ihre
Geldmünze

* Der Deutsch-
föderationen
präsidenten
berufen worden.

* Die französischen
Holzhäuser
Wiederbau g
erheben.

* Nach einer
parationssommierung
bis zu 200 Millionen
marken.

* Der 8. Rät
beraumt worden

Man kann
frage, an welcher
unserer Tage
der Reich, in den
falls drohen
öffentliche-recht
am ersten zu e
Aufmerksamkeit
persönlich auf
ihren Finanzia
überlebt. Hin
Vorstellungen un
dem weite
Recht aber, da
Entwicklung in
au den Rand
suchen Sie zu re

Der Deu
Woche in der
Lagung zusam
gende Notwend
ihrem Finanzia
zu kommen. U
zeitlich mit dem
kommen. Das
haben für Be
erlöste um. Da
dafür im wes
besieht als e
der Kostenprei
Abgaben, w
Steuererhöhung
 soll, von den
überholt sind.
sich vor viele
ten der Kleiner
einmal bis zu
den Reichstag
Umständen vor
erster Reihe ei
Eingabe an
menstrier bean

Freilich, so
möglich bleiben
der Tage offen
menschenbeträ
einfach einbr
laufen. Aus
diesem Somme
läufige Wahl vo
men. Seine E
lediglich um ei
Man hat auch
müssen, wie sch
Gemeinde wie
nahmen und Ni
nis zu einer
noch wichtiger
politischen Ges
nicht unser Gel
ob wir es wi
immer wieder g
mit den Geldge
Zustand aber
leichteren Zus